

65. Gewerbliche Winterkonferenz Klosters

Referat Jean-François Rime, Präsident Schweizerischer Gewerbeverband sgV

Erfolgsmodell Schweiz: Chancen und Risiken

Was macht unseren Erfolg aus?

Im vergangenen Jahr war in der politischen Diskussion viel vom „Erfolgsmodell Schweiz“ die Rede. Doch was genau ist denn unter diesem Erfolgsmodell zu verstehen? Und noch viel wichtiger: Wo liegen die Chancen und Risiken? Was macht unseren Erfolg aus?

Herr Nationalratspräsident, lieber Ruedi Lustenberger
Herr Regierungsrat Hansjörg Trachsel
Sehr geehrte Parlamentarier aus Bund, Kantone und Gemeinden
Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Gäste
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Ich heisse Sie heute hier in Klosters ganz herzlich willkommen und begrüsse Sie zur 65. Gewerblichen Winterkonferenz. Ich schätze Stimmung und Atmosphäre hier in den verschneiten Bergen sehr und ich komme jedes Jahr wieder gerne hierher. Umso mehr freut es mich, dass es Ihnen genau gleich geht und wir uns auch dieses Jahr wieder so zahlreich zusammenfinden und austauschen können.

Die Gewerbliche Winterkonferenz ist ein guter Rahmen, um gemeinsam wichtige Themen des Gewerbes und der KMU-Wirtschaft vertiefter zu betrachten und zu diskutieren. Und Sie ist eine sehr gute Plattform um sich breit zu vernetzen. Und das ist gut so. Denn im neuen Jahr stehen viele Herausforderungen an, bei denen wir unsere Interessen abstimmen und die Kräfte bündeln müssen. Ich denke dabei an die Abstimmung über staatlich diktierte Mindestlöhne, die geforderte Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer oder die von linken Kreisen geforderte Aufhebung der Pauschalbesteuerung. Aber auch die unsägliche Altersreform 2020 müssen wir gemeinsam bekämpfen und verhindern. Es kann nicht angehen, dass Bundesrat Alain Berset Mehreinnahmen von über 12 Milliarden plant aber nur Einsparungen von knapp einer Milliarde vorsieht,

Alle diese genannten Vorlagen fordern eine enorme, ausufernde, staatliche Umverteilung. Die Wirtschaftsfreiheit wird eingeschränkt. Und die heute funktionierende Sozialpartnerschaft wird untergraben. Dies indem die Initianten lieber die Verantwortung der Sozialpartner aufheben und an den Staat delegieren. Dieser kann dann lange und komplizierte Gesetze schreiben, aber niemals eine funktionierende Sozialpartnerschaft ersetzen. Es sind Forderungen, die unser liberales politisches, juristisches und gesellschaftliches System fundamental in Frage stellen. Mit dieser Serie von Angriffen auf das Erfolgsmodell Schweiz zeigt die Linke ihr echtes Gesicht. Das ist es, was sie unter „Überwindung des Kapitalismus“ versteht – verantwortungslos und einer blinden Ideologie folgend das aufs Spiel setzen, was die Schweiz stark gemacht hat und uns heute Wohlstand mit Beschäftigung und Sicherheit bringt.

Von meinem Wohnort Bulle im Kanton Fribourg durchfahre ich mehr als die halbe Schweiz, um hier nach Klosters zu kommen. Es war eine gute Fahrt. Und eine gute Gelegenheit sich über den Erfolg dieses Landes Gedanken zu machen: wie einleitend erwähnt ist das „Erfolgsmodell Schweiz“ derzeit in aller Munde. Doch woraus besteht es eigentlich? – Es sind drei Hauptpfeiler des Schweizerischen Erfolgsmodells, die ich hier herausstreichen möchte: Der flexible Arbeitsmarkt, eine solide Ausgabenpolitik des Staates und die Duale Berufsbildung,

Ein **flexibler Arbeitsmarkt** schafft Stellen! Die Schweiz hat heute eine Arbeitslosenquote von 3 Prozent – damit herrscht quasi Vollbeschäftigung. In der EU beträgt der Anteil im Durchschnitt über 10 Prozent – dort finden Leute, die gut ausgebildet wären, keine Stelle. Dies weil der europäische Arbeitsmarkt verkrustet ist. In der Schweiz herrscht die Ansicht, dass Löhne Privatsache sind und zwischen dem Unternehmen und seinen Angestellten verhandelt werden. Die positive Folge davon: Eine funktionierende Sozialpartnerschaft und sozialer Friede!

2013 wurde das Erfolgsmodell Schweiz mit der 1:12 Initiative bereits einmal fundamental in Frage gestellt. Mit zwei Drittel Nein-Stimmen erteilte das Schweizer Stimmvolk dieser Forderung nach einem staatlichen Lohndiktat in sämtlichen Kantonen der Schweiz eine deutliche Abfuhr. Dies bei einer Rekord-Stimmbeteiligung von 53 Prozent. Das ist ein riesen Erfolg für die Schweizer KMU-Wirtschaft, für den sgv und für Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen. Bei der auf Polemik, Neid und Emotionen gegen überhöhte Saläre einzelner Manager ausgerichteten 1:12-Initiative ist es uns gelungen als Gewerbe glaubwürdig und klar aufzutreten. Wir konnten aufzeigen, dass es nicht um eine Abstimmung über Lohnexzesse einzelner Manager sondern um zentralste Anliegen der KMU wie tiefe Steuern, weniger Bürokratie und keine Lohnregulierungen durch den Staat geht. Dank Ihrer Mithilfe haben wir eine deutliche Mehrheit von 65,3% der Schweizer Stimmberechtigten überzeugt. **Für die Unterstützung im Abstimmungskampf bedanke ich mich an dieser Stelle bei ihnen allen ganz herzlich.**

Trotz dieser eindrücklichen Schlappe bei der 1:12-Abstimmung fordern Gewerkschaften und Linke mit der Mindestlohn-Initiative bereits ein neues Lohndiktat durch den Staat, das die Sozialpartnerschaft und den Wirtschaftsstandort Schweiz infrage stellt. Die Abstimmung findet bereits im 2014 - voraussichtlich am 18. Mai – statt. Die KMU-Wirtschaft ist auch von dieser Forderung direkt und stark betroffen. Ein staatlich vorgeschriebener Mindestlohn erhöht die Lohnkosten bei den tiefsten Löhnen und drückt damit das ganze Lohngefüge nach oben. Das im internationalen Vergleich schon heute sehr hohe Schweizer Lohnniveau wird weiter erhöht und die Schweizer KMU verlieren massiv an Wettbewerbsfähigkeit. Ein staatlich diktiert Mindestlohn führt dazu, dass die Berufseinsteiger und Leute am unteren Ende der Leistungs- und Qualifikationsskala unter die Räder kommen. Ihre Stellen würden gerade in strukturschwächeren Regionen und Branchen wirtschaftlich gar nicht mehr angeboten werden können.

Darüberhinaus will die Initiative dem Staat die Verpflichtung übertragen, in den einzelnen Branchen GAV-Abschlüsse zu fördern. Was ganz harmlos daher kommt, ist brandgefährlich. Hinter dieser Formulierung steht nichts anders als die Forderung, wonach sich der Staat mit Gesetzen, Regulierungen und Verordnungen an vorderster Front in die Sozialpartnerschaft einmischt. Sie können sich unschwer ausmalen, was dies für unseren flexiblen Arbeitsmarkt bedeutet. Ausgerechnet die Gewerkschaften betätigen sich mit Ihrer Initiative als Totengräber einer funktionierenden Sozialpartnerschaft.

Der Kampf gegen die Mindestlohn-Initiative wird nicht einfach sein. Umso mehr müssen wir als KMU-Wirtschaft geschlossen dagegen antreten und unsere starken Argumente in voller Breite in den Abstimmungskampf einbringen. Die Kampagne gegen die 1:12-Initiative hat bewiesen: Der 1000er Club, das Netzwerk verantwortungsvoller Unternehmerinnen und Unternehmer wirkt und ist bei Abstimmungen eine entscheidende Stärke der KMU-Wirtschaft. Dieses Instrument wollen wir auch gegen die staatlich diktierten Mindestlöhne einsetzen. Ich danke Ihnen bereits heute, dass Sie uns helfen den 1000er Club noch grösser und schlagkräftiger zu machen. Er soll zu einer eindrücklichen Demonstration des Gewerbes und der KMU gegen die Bevormundung der Unternehmer und gegen das staatliche Lohndiktat werden.

Neben dem flexiblen Arbeitsmarkt ist eine **solide Ausgabenpolitik des Staates** ein weiterer Pfeiler des schweizerischen Erfolgsmodells. Solide Finanzen und tiefe Steuern schaffen soziale Gerechtigkeit. Dass unser Staatshaushalt heute so gut dasteht, ist zu einem grossen Teil der finanzpolitischen

Schuldenbremse zu verdanken, die das Volk 2001 mit einer Zustimmung von über 80 Prozent beschlossen hat.

Dank der konsequenten Anwendung der allgemeinen Schuldenbremse konnte die chronische Staatsverschuldung der 1990er Jahre nachhaltig korrigiert werden. Seit 2006 schreibt der Bund wieder schwarze Zahlen. Dass die Zügelung der Staatsausgaben die Wirtschaft beflügelt, zeigt sich in der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz. Seit 2004 hat sich unser Land in der internationalen Rangliste vom 15. auf den zweiten Platz vorgekämpft. Einzig die USA liegen noch knapp vor uns.

Wo Licht ist, ist auch Schatten. Bei der Schuldenbremse ist es derzeit der Bundesrat selber, der diese aushebelt und so den Erfolgsfaktor des ausgeglichenen Staatshaushaltes gefährdet. Denn zahlreiche bundesrätliche Vorlagen sehen einseitig Mehreinnahmen und Steuererhöhungen vor. Indem sich der Bundesrat so die eignen Mittel hochschraubt, lässt er die Wirkung der allgemeine Schuldenbremse ins Leere laufen. Denn wenn immer mehr Kosten auf die Wirtschaft und die Steuerzahler überwältzt werden, fallen diese im Bundesbudget weg. Das schafft Platz für neue und andere Bundesausgaben und die gewollte Wirkung der allgemeinen Schuldenbremse verpufft. Denn je mehr Einnahmen der Staat für sich generiert, umso mehr Ausgaben liegen innerhalb der Schuldenbremse drin.

Eindrücklichstes Beispiel ist die AHV-Reform von Bundesrat Alain Berset. Diese sieht bei Einsparungen von 1 Milliarde Franken Mehreinnahmen von bis zu 12.5 Milliarden vor. Unter anderem soll die Mehrwertsteuer um satte zwei Prozent erhöht werden. Dass unsere Wirtschaft im internationalen Wettbewerb steht und mit diesem Vorgehen in Frage gestellt wird, scheint den zuständigen Bundesrat in keiner Art und Weise zu interessieren.

Aber auch bei der Energiestrategie 2050 muss mit zusätzlichen Kosten von bis zu 3 Milliarden Franken gerechnet werden. Und Bundesrätin Doris Leuthard hat schon vor dem Nein zur Preiserhöhung der Autobahnvignette Erhöhungen der Mineralölsteuer angedroht. Als grösster Dachverband der Schweizer Wirtschaft fordert der sgv den Bundesrat, auf von dieser offensichtlichen Umgehungsstrategie definitiv abzurücken. Er muss zu einer echten Anwendung der Schuldenbremse zurückzukehren, wie dies dem klar geäusserten Willen des Volkes entspricht.

Und die dritte wichtige Säule des Erfolgs der Schweiz ist die **duale Berufsbildung!** Junge Menschen, die nicht bloss theoretisch, sondern vor allem auch praktisch ausgebildet werden, sind Garanten der Innovation. Sie bringen ihre Karriere, das Unternehmen, in dem sie arbeiten und letztlich sogar die Branche voran. Der Wille, beruflich weiterzukommen und dafür belohnt zu werden, ist ein wichtiger Teil dieses Systems – ein Ansporn zu Kreativität gepaart mit Leistung. Deshalb gilt die Schweiz als innovativstes Land der Welt – bescheinigt durch unzählige internationale Studien, die uns hohe Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit attestieren.

2014 ist das offizielle „Jahr der Berufsbildung“. Die Berufsbildung ist seit jeher ein zentrales Thema und wichtiges Kerngeschäft für den sgv. Wir werden dieses offizielle „Jahr der Berufsbildung“ nutzen, um die Vorteile der Berufsbildung herauszustreichen und unseren wichtigen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

So kann nicht oft genug betont werden kann, dass das Duale Berufsbildungssystem massgeblich zur tiefen Arbeitslosenquote in der Schweiz beiträgt. Zwei Drittel aller Schulabgänger gehen jährlich in eine berufliche Grundbildung, ein Drittel verfolgt den schulischen Weg. Und das ist gut so. Besonders deutlich zeigt das der Vergleich der Jugendarbeitslosigkeit mit dem Ausland. In der Schweiz beträgt die Jugendarbeitslosigkeit momentan 3.8 Prozent, während in Spanien oder Griechenland jeder zweite Jugendliche auf der Strasse steht und die Rate über 50 Prozent beträgt. An der schlechten Lage der Jugendlichen in diesen Ländern ist einerseits die wirtschaftliche Krise aber auch die sehr hohe

Maturitätsquote schuld. Solche Vergleiche zeigen, dass das Schweizerische Bildungssystem sehr gut funktioniert und im internationalen Vergleich massiv mehr junge Menschen an die Erwerbstätigkeit heranführt. Und es vermittelt dabei das Fachwissen und die Erfahrung, welche unsere KMU benötigen.

Auch in der Höheren Berufsbildung zeigt unser System seine Stärke: Wir haben fast gleich viele Abschlüsse in der Höheren Berufsbildung wie an den Universitäten. Jährlich sind es etwa 27'000. Gerade unsere KMU-Wirtschaft braucht praktisch ausgebildete, gut qualifizierte Fachleute! Dies sind unsere Kader und zukünftigen Unternehmerinnen und Unternehmer. Und diese Fachleute werden in erster Linie durch unsere Höhere Berufsbildung hervorgebracht. Diese basiert voll auf der beruflichen Grundbildung, stützt sich also neben der Theorie vor allem auf die berufliche Praxis ab. Studien belegen zudem: Personen, welche eine höhere Berufsbildung absolviert haben, riskieren am wenigsten, arbeitslos zu werden.

So wichtig das Lob am funktionierenden dualen Berufsbildungssystem ist, so wichtig sind auch unsere Forderungen, um diese Stärken zu erhalten und weiter zu entwickeln. Die wohl grösste Herausforderung ist der Fachkräftemangel. Wir müssen in der Schweiz dafür sorgen, dass wir unsere Fachkräfte vermehrt selbst ausbilden. Hier ist unsere Antwort ganz klar: wir müssen die Höhere Berufsbildung stärken d.h. vor allem die Berufs- und Höheren Fachprüfungen, welche von den Berufsverbänden direkt angeboten werden. Der Schweizerische Gewerbeverband sgv hat dafür gesorgt, dass wir seit 2006 in der Verfassung die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung verankert haben. Hier fordern wir, dass dieser Verfassungsauftrag endlich erfüllt und in der Praxis dafür gesorgt wird, dass diese beiden Wege wenigstens annähernd gleich behandelt werden. Gab die Eidgenossenschaft im Jahr 2009 für die Hochschulen 7.2 Milliarden Franken aus, waren es für die höhere Berufsbildung lediglich 207 Millionen. Das ist ein massives Ungleichgewicht, das behoben werden muss.

Es muss aber auch in der Schule angesetzt werden, wo die Berufswahlvorbereitung und praxisorientierten Fächer wie Informatik und Kommunikationskompetenzen gestärkt werden müssen. Ebenso fordern wir eine Praxis-nahe Ausbildung unserer Jugendlichen in Wirtschaftsfragen. Die Schule muss neben anderen Aspekten insbesondere auch auf die Arbeitswelt vorbereiten. Der aktuell vorliegende Lehrplan 21 muss hier massiv nachgebessert werden. Auch müssen Lehrpersonen, Eltern und vor allem auch die Schüler besser informiert werden, dass nicht nur eine akademische Laufbahn vielversprechende Perspektiven bietet, sondern eben auch diejenige in der Berufsbildung

Und schliesslich müssen wir dafür sorgen, dass die Fachhochschulen nicht zu kleinen Mini-Universitäten verkommen. Es kommt auf die Kombination von Praxis und Theorie an, die schliesslich überzeugt! Dieser praktische Zugang ist wichtig und muss gewahrt werden. Verglichen mit dem Ausland ist unsere Maturitätsquote relativ gering. Der Schweizerische Gewerbeverband sgv wehrt sich entschieden gegen die Anstrengungen aus verschiedenen Kreisen, diese um jeden Preis erhöhen zu wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie stellen fest, ich bin schon Mitten in den Themen der gewerblichen Winterkonferenz 2014 angekommen. Den berufsbildungspolitischen Steilpass wird gleich der Staatssekretär des SBFI Mauro dell'Ambrogio aufnehmen. Ich bin gespannt auf seinen Beitrag und freue mich sehr, mit Ihnen zusammen in den kommenden Tagen unser Erfolgsmodell Schweiz zu diskutieren.

Damit erkläre ich die 65. Gewerbliche Winterkonferenz als eröffnet.